

A. L. L. bl.

Erzähler vom Westerwald

Sachsenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten
für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhübel in Sachsenburg.

Mit der achtfertigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.
Anschluß für Drahtnachrichten.
Erzähler Sachsenburg, Fernruf Nr. 72

Während des Krieges müssen die Freibeilagen weglassen.
Sachsenburg, Donnerstag, den 14. März 1918.
Anzeigenpreis (zahlbar im voraus) die sechsorigeltene Beilage oder deren
Raum 20 Cts., die Restzeile 60 Cts. 10. Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.
14. März. Erhöhte Gefechtsstärke an der Westfront. —
Die Abteilungen, die bei Vadonviller in unsere vorderen
Linien eindrangen, werden durch Gegenstöße in ihre Aus-
stellungen zurückgeworfen. — Die Jagdstaffel Boelcke
im Luftkampf ihren 200. Gegner zum Abflug.
15. März. An der russischen Front rege Artillerie- und
Mörserartillerie. — Nordöstlich von Kiew werden feind-
liche Truppen zurückgetrieben.
16. März. An vielen Stellen der Westfront rege feind-
liche Artillerieartillerie. Das Feuer der Artillerie fordert in
vielen Orten zahlreiche Opfer unter der französischen
Besatzung. — Zur Vergeltung für feindliche Fliegerangriffe
auf deutsche Städte wird Paris von neuem mit Bomben

überliefert. Sie können es nicht vermeiden, daß
der Staat erhalten geblieben ist, den sie zertrümmern
wollten, während Rußland, ihr „Mittler“, ihre Zu-
kunftshoffnung, ohnmächtig am Boden liegt. So wollen
sie noch ganz zum Schluß auf eigene Faust ein bißchen
Geschichte machen. Aber sie schneiden sich damit nur ins
eigene Fleisch. Mit jenen werden wir schließlich auch
noch fertig werden.
Das wunderliche Wort von der „Ribelungen-
treue“, das einst von Berlin nach Wien herüberlang,
findet in tschechischen Ohren nur ein mißtönendes Echo.
Dafür werden wir nun um so unverlierbarer im Sinne
behalten, was die „Tschechentreu“ an der Weltgeschichte
zu bedeuten hat.

Kurland will deutsch werden.

Das Baltienland eine staatliche Einheit.
In den nächsten Tagen wird eine Abordnung des
Landesrates von Kurland in Berlin eintreffen, um den
Reichskanzler von einer am 8. März in Mitau einstimmig
gefaßten Entschliessung in Kenntnis zu setzen, die wie
folgt lautet:
1. Den Kaiser zu bitten, die Herzogskrone Kurlands
anzunehmen.
2. Dem Kaiser die Bitte zu überreichen, den Abschluß
von Konventionen, betreffend das Militär, Zoll-, Verkehrs-,
Bahn-, Münz- und Gewichtswesen und anderer Verträge
Kurlands möglichst eng an das Deutsche Reich anzuschließen.
3. Die Forderung auszusprechen, daß das ganze Baltien-
land zu einer staatlichen Einheit im Anschluß an das
Deutsche Reich zusammengefaßt werde.

Als erstes der von den deutschen Waffen aus russischer
Herrschaft befreiten Distrikte spricht sich Kurland mit
diesem Beschluß unumwunden für engsten Anschluß an
Deutschland aus. Die Berechtigung des Landesrates,
im Namen von ganz Kurland zu sprechen, ist nicht aus-
zweifelhaft: sie ist durch die Neuordnung der Dinge, die
durch die geschichtliche Überlieferung angelegt ist.
Ob die deutsche Regierung schon jetzt eine bestimmte
Antwort erteilen wird, erscheint angesichts der noch un-
geklärten Verhältnisse an der Ostfront fraglich. Die Er-
ledigung der ganzen damit zusammenhängenden Fragen
ist nicht so einfach, zumal auch der Bundesrat und der
Reichstag Gelegenheit haben müssen, sich eingehend damit
zu beschäftigen. Man wird indessen in der Annahme nicht
fehlgehen, daß die so angebahnten Verhandlungen schließ-
lich zu einem Ergebnis führen werden, der beide Teile
befriedigt.

Swinfundts Flucht.

Der finnische Ministerpräsident Per Edvind Swinfundt
ist nach einer abenteuerlichen Flucht aus der Gefangenschaft
der Roten Garde in Berlin eingetroffen.
Swinfundt war es mit acht anderen Herren gelungen,
der Roten Garde in Helsingfors zu entkommen. Die
Flüchtlinge versteckten sich auf einem russischen Schiff in
Helsingfors. Als sich der Dampfer auf offener See befand,
verließen sie ihr Versteck, überwältigten die russische Be-
satzung und zwangen diese, den Kurs nach Neval einzu-
schlagen, wo sie auch glücklich eintrafen. Von Neval aus
begaben sich die Flüchtlinge nach Berlin.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Der frühere Reichskanzler Dr. Michaelis, der an
Stelle des erkrankten Herrn v. Bülloer zum Oberpräsidenten
der Provinz Hannover ausgerufen ist, tritt damit nach
viermonatigem Ruhestand wieder in den Staatsdienst zu-
rück. Es wird allgemein begrüßt werden, daß er, der sich
in den verschiedensten Stellungen als ein ausgezeichneter
Verwaltungsbeamter bewährt hat, wieder im aktiven Dienst
Verwendung findet. In seinen neuen Posten als Leiter
der Verwaltung der Provinz Hannover begleitet ihn das
Vertrauen, das er sich durch seine tatkräftige und nach
jeder Seite hin unabhängige Amtsführung als preußischer
Staatskommissar für Ernährung erworben hat. Seine
neue Stellung wird ihm Gelegenheit bieten, in Anknüpfung
an seine frühere Tätigkeit über seinen Wirkungsbereich hin-
aus lehrreich zu wirken.

+ Die Legislaturperiode des preussischen Abge-
ordnetenhauses, die ordnungsmäßig am 11. Juni abge-
laufen wäre, soll nach einem jetzt dem Parlament zu-
gegangenen Gesetzentwurf um ein Jahr verlängert werden.
In der Begründung des Gesetzentwurfes wird gesagt, die
Vornahme allgemeiner Wahlen während des Krieges er-
scheine schon in Rücksicht auf die Millionen im Felde
stehender Wähler ausgeschlossen. Auch wenn der Krieg
bis zu diesem Zeitpunkt beendet sein würde, würde die
Durchführung der Demobilisierung noch geraume Zeit in
Anspruch nehmen.

+ Über die Aufrechterhaltung unserer Geld-
wirtschaft als Mittel zum Siege sprach Reichsbank-
präsident Haverstein in einer Münchener Versammlung.
Notwendig sei dazu die Ausdehnung des bargeldlosen
Zahlungsvorganges, vermehrte Sparbarkeit und Unter-
bindung der Borawirtschaft. Deutschlands Finanzkraft

wächst, sie kann nicht geschwächt werden, wenn das Vater-
land nicht zerschmettert wird. Aber dem Tor der deutschen
Zukunft müssen die Worte stehen: Doppelt arbeiten und
doppelt sparen. Auch die 8. Kriegsanleihe muß und wird
Deutschlands unzerbrochene Finanzkraft zeigen.

+ Die Art der Verteilung der aus der Ukraine zu
erwartenden Getreidevorräte zwischen Deutschland und
Österreich-Ungarn ist nunmehr dahingehend festgelegt
worden, daß bis zum 31. Juli Deutschland und Österreich-
Ungarn gleich viel erhalten, und zwar wird in der ersten
Hälfte dieses Abschnittes Österreich-Ungarn doppelt so viel
beziehen wie Deutschland, während danach bis zum
31. Juli die Verteilung umgekehrt erfolgt, so daß also
dann Deutschland die doppelte Menge erhält. — Es heißt,
die Ukraine habe sich verpflichtet, bis Ende April an die
Zentralmächte ein Quantum von 6000000 Zentner Brot-
und Futtergetreide, 400000 Zentner Geflügelfleisch und 200000
Zentner Dörrobst zu liefern. Im Austausch erhält sie
landwirtschaftliche Maschinen, chemische und medizinische
Produkte und Eisen.

+ Mit Rücksicht auf die Ergebnisse der Verhandlungen
im Hauptausschuß des Reichstages wird jetzt eine Er-
klärung der Daimlerwerke veröffentlicht, in der es u. a.
heißt, die im Hauptausschuß gemachten Angaben über
Kalkulation und Gewinn der Gesellschaft seien auf An-
gaben eines ehemaligen Beamten zurückzuführen, der wegen
Anteure entlassen worden sei. Die Drohung einer Ein-
stellung des Betriebes ist von der Firma niemals ausge-
sprochen worden. — Da die Angelegenheit demnach auch
im Reichstage zur Sprache kommen wird, darf man hoffen,
daß sich dort eine weitere Klärung wird erzielen lassen.

Schweiz.

+ Die veränderte Neutralitätsdeklaration der Entente
gegenüber der Schweiz wurde im Nationalrat verhandelt.
Der Vorsitzende der Neutralitätskommission erklärte, daß
die Kommission eine reichhaltige Anekdote der schweizeri-
schen Neutralität fordere. Der Bundespräsident Calonder
wies darauf hin, daß der Bundesrat den von den jüngsten
Erklärungen der Ententemächte abweichenden Schweizer
Standpunkt zur Kenntnis gegeben habe. Besonders inter-
essant an den Äußerungen des Bundespräsidenten ist die
Bemerkung, daß die Schweiz sich durchaus nicht etwa
unter das Protektorat einer Mächtegruppe zu stellen
bedenke, wenn ihre Neutralität von einer andern Gruppe
verletzt werde. Die Schweiz wehre sich vielmehr durch
die Souveränität ihres Entschlusses, rechne nicht auf den
freiwilligen Schutz, der ihr geboten würde, sondern wolle
sich gegebenenfalls als vollberechtigter Bundesgenosse
an die Seite der Macht stellen, die ihre Neutralität
im Gegenzug zu einer andern respektiert hat.

Frankreich.

+ Die Gemeinsamkeit der englischen und fran-
zösischen Politik wird am besten dadurch gekennzeichnet,
daß einem belgischen Blatt zufolge, das Kabinett Clemenceau
für den Fall des Sturzes des britischen Kabinetts Lloyd
Georges jenseits mit seinem Rücktritt gedroht hat. In-
folgedessen kann das Kabinett Lloyd Georges trotz der
harten Gegnerschaft, die es besitzt, vorläufig nicht fallen,
da sonst ein Regierungswechsel in England auch einen
solchen in Frankreich nach sich ziehen würde, was für die
Entente eine allzu große politische Schwierigkeit bedeute.
Das Blatt bemerkt hierzu: Diese Verknüpfung der Politik
der beiden Länder, wo eine nicht mehr feststehende Regie-
rung die andere stützt, sei das Unheilvollste an der
jetzigen Lage.

Aus In- und Ausland.

Darmstadt, 12. März. Zum Stellvertretenden Bevoll-
mächtigten zum Bundesrat für das Großherzogtum Hessen ist der
Ministerialrat im Ministerium der Finanzen und Vorsitzende
der Abteilung für das Steuerwesen Dr. Hellwig ernannt
worden.

Wien, 12. März. Das ukrainische Ministerium und die
Rada befinden sich bereits wieder in Kiew. Nächster Tage
findet die Adaption zur Ratifizierung des Dreier-Friedens-
vertrages statt.

Rotterdam, 12. März. Der englische Ministerpräsident
Lloyd George denkt daran, sich nach Amerika zu begeben,
um mit Wilson direkt in Verkehr zu treten. Besonders die
Frage des japanischen Einmarsches in Sibirien habe diese
persönliche Führungsnahme notwendig gemacht.

Kopenhagen, 12. März. Die „Politiken“ mittels wurde
auch dem russischen Volkswirt Jakob Lind, der als Ge-
sandter nach Bern gehen sollte, die Einreise nach Frankreich
verboten.

Bern, 12. März. Zur Sicherung des Farbstoffbedarfes
der Schweiz wird der gesamte Verkehr mit Farbstoffen der
Schweizerischen Volkswirtschaftsdepartements unter-
stellt.

Genf, 12. März. In den letzten Tagen sind in ver-
schiedenen Pariser Arbeiterversammlungen Entschliessungen
angenommen worden, die einen sofortigen Friedensschluß
verlangen.

Deutscher Reichstag.

(138. Sitzung) C. B. Berlin, 12. März.
Vizepräsident Baasche eröffnet vor schwach besetztem

Text from the left margin, partially cut off.

Daue die Stgung mit den üblichen Gedenkwörtern für den verstorbenen Abg. Stolte (H. Soz.) Von zahlreichen

„kleinen Anfragen“

betrifft eine des erst vor kurzem in das Haus eingetretenen Abg. Scheff (Nortfdr. Vot.) den Wunsch der kleinen gestehenden Landwirte statt Brotgetreide Gerste für sich einbehalten zu dürfen. Unterstaatssekretär v. Braun lehnt solche Ausnahmen ab. Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Quard (Soz.) betr. die ungleiche Kohlenverföhrung der Städte und provozierende Äußerungen des Reichskohlenkommissars erteilt Direktor Müller vom Reichswirtschaftsamt eine beruhigende Antwort. Andere Anfragen beziehen sich auf die angeblide Verschärfung der Borsenur für Zeitschriften, auf die Veranschönerung von Jugendbüchern unter 17 Jahren zum vaterländischen Militärdienst im Bereich des 5. Armee-Korps und betr. ein Rundschreiben des Verbandes der Herrenkleiderfabrikanten die zwingende Forderung von 25000 Anzügen für die ein Zuschlag von 50% bewilligt worden sei. Die Reichsbildungsstelle bestreitet, daß das betr. Rundschreiben den Tatsachen entspreche. Schließlich erklärt noch auf eine Anfrage der Abg. v. Graefe (konf.), betr. die Internierung der Befragung des „Jugoh Mendel“ ein Vertreter des Auswärtigen Amtes, daß die dänische Regierung tatsächlich die Hilfeleistung verboten habe. Untererleits sei Protest in Kopenhagen erhoben, der hoffentlich die sofortige Entlassung der Briennemannschaft zur Folge haben werde. Es folgt die erste Beratung des

Gesetzes betr. die Zusammenziehung des Reichstags und die Einführung der Verhältniswahl in den großen Wahlkreisen.

Staatssekretär des Innern Wallraf begründet die Vorlage mit längeren historischen Ausführungen. Die Zahl der Mitglieder des Reichstags wird von 397 auf 441 erhöht. Eine Reihe von Wahlkreisen wird vereinigt. In den so hergestellten neuen Wahlkreisen, sowie in einer Reihe anderer Kreiswahlkreise, beispielsweise in Großberlin, in Oberschlesien, in Sachsen und im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird die Verhältniswahl eingeführt. Natürlich hat sich die Reichsleitung immer noch eine gewisse Beschränkung auferlegen müssen und die Verhältniswahl nicht ohne weiteres ausschließlich auf Grund der Einwohnerzahl neubilden können. Von der Einführung der Verhältniswahl erhofft die Reichsregierung unter anderem auch eine Milderung der Wahlkämpfe, da sich im Zeichen der neuen Wahlart die Wahlkämpfe mehr von Partei zu Partei abspielen werden. (Beifall.)

Abg. Kuchhoff (Zentr.): Mit dem Entwurf beginnt zweifellos ein Stück Neuorientierung. Es wird damit, wenigstens in den größten Wahlkreisen, eine Schranke weggeräumt, durch die die Minderheiten bisher verhindert waren, das Gewicht ihrer Stimmen zur Geltung zu bringen. Eine Verfassungsänderung liegt nicht vor. Ein unbedingtes Festhalten an einer bestimmten Einwohnerzahl war auch bisher schon nicht möglich; immer mußte der Wahlkreis möglichst an einem Verwaltungsbezirk angeschlossen werden. Die Bevölkerungsveränderung hat mit der Zeit ungeheure Ungleicheiten herausgebildet, die nun endlich beseitigt oder doch gemildert werden sollen. Redner macht einige Bedenken geltend, wamit vor einer Bevorzugung von Sonderinteressen und beantragt schließlich Überweisung der Vorlage an die Verfassungskommission.

Abg. Dr. Stadnauer (Soz.) weist auf die tiefschneidende Bedeutung dieser Vorlage hin, die möglicherweise eine Verschärfung unseres Parteilebens einleiten könne. Aber so günstig, wie der Redner, beurteilt wir, sagt der Redner, die Vorlage nicht. Statt einer großzügigen Reform bekommen wir nur eine Teilreform. Die Verprechungen Dr. Helfferichs sind nicht erfüllt worden. Man hat sich anscheinend vor einer gründlichen Änderung gefürchtet. Wir verlangen die völlige Gleichstellung aller Bürger des Reiches, vorläufig scheint dazu noch der gute Wille zu fehlen.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.): Wir machen uns nicht die abnehmende Haltung des Vorredners zu eigen. Dieses Rotgeleß beseitigt wenigstens die schlimmsten Uebelstände des bisherigen territorialen Wuralwahlrechts. Natürlich läge auch dann noch eine Willkür vor, wenn man statt der 44 neuen Abgeordneten deren 100 genommen hätte.

Abg. Junc (natl.) bestreitet, daß die Vorlage arbeitserfeindlich sei, in Leipzig würden z. B. nach ihr ein Sozialdemokrat und ein Bürgerlicher gewählt.

Abg. v. Veit (konf.): Wir datien eine Vermehrung von 20 bis 30 Mandate nicht erwartet, aber 44. Leider kommen von den neuen Eisen nur fünf auf Süddeutschland. Wir halten nach wie vor daran fest, daß Land und Leute berücksichtigt werden müssen. Gegen die Verhältniswahl haben wir Bedenken. Sie beseitigt zwar unmoralische Wahlhandhiffe, ächtet aber Berufsparlamentarier. In der Begründung der Vorlage wird eine allgemeine Fortführung der Verhältniswahl abgelehnt. Herr v. Bayer hat aber in seinen Erklärungen die Vorlage eine Probe auf die Durchführbarkeit der Verhältniswahl im großen genannt. (Stürmisch. Hör! Hör! recht.) Wir bekalten uns unsere Stellungnahme nach dem Ergebnis der Ausschüßberatung vor.

Abg. Dr. Erdmann (H. Soz.): Was den Arbeitern jetzt gegeben werden soll, wird ihnen zu einem Zweck gegeben, mit dem wir nichts zu tun haben wollen, nämlich zur Erreichung Streikmännlicher Kriegsziele. Es wäre besser gewesen, wenn die deutsche Arbeiterschaft die Hunderttausende, die sie jetzt im Kriege opfern muß, schon im Frieden freiwillig zur Erlämpfung größerer Freiheiten geopfert hätte.

Abg. Graf v. Polakowsky (H. Fr.): Das Wohl des Landes hängt nicht allein vom Wahlrecht, sondern auch von den Wählern ab, die die Wahlkreise vertreten. Die Zahl der Abgeordneten ist schon jetzt groß genug. Die Bevölkerungsveränderung macht weiter den Reichstag immer mehr zu einer Vertretung lediglich der Großstädte. Die Einwohnerzahl allein wird auf die Dauer nicht maßgebend sein dürfen. (Beifall rechts. Widerspruch links.)

Nach weiterer Aussprache wird die Vorlage an den Verfassungskommission überwieien.

Es folgen die Beratungen über die Postische Noaelle, die die Überweisungsgebühr von 3 Wernig abschaffen und das Porto dem Ablender auferlegen will.

Auch diese Vorlage wird an einen Ausschüß überwieien. Derauf Vertagung auf morgen.

Preußischer Landtag. Abgeordnetenhaus.

(125. Sitzung.) R. Berlin, 12. März.

Am Regierungstisch wohnt Handelsminister Dr. Sydow den Verhandlungen bei. Das Haus beginnt die zweite Sitzung des

Haushaltsplans für Handel und Gewerbe.

Abg. Defer (Vp.) als Berichterstatter bespricht eingehend die Frage der Rohstoffbeschaffung nach dem Kriege. Die Rohstoffbeschaffung müsse nicht nur ausreichen, sondern reichlich sein. Die Schwierigkeiten werden nicht gering sein, zum Teil für die Herbeischaffung infolge des verminderten Brachtraums; aber auch für die Verteilung.

Abg. Koetger (konf.), der als neugewählter Abgeordneter zum ersten Male im Hause spricht, weist ebenfalls auf die Wichtigkeit der Rohstoffversorgung hin. Die Beschaffung von Arbeit nach dem Kriege ist die Aufgabe derer, die jetzt hinter der Front für das Wohl des Vaterlandes arbeiten. Im Kriege hat sich das wechselseitige Verständnis der einzelnen Berufsweige erfreulich weiter entwickelt. Industrie und Handel in ihrer Gesamtheit haben einander richtig einschätzen gelernt und der erbore

Handel, Großhandel und Feinhandel, und edemo der Wettbewerb gehören dazu. Ebenso wenig dürfen wir Angestellte und Arbeiter dabei vergessen. Namentlich in den Kreisen der Angestellten, die drauhen im Felde stehen, herrscht große Sorge wegen ihrer Zukunft. Nach dem Kriege brauchen wir einen wirklichen Burgfrieden, der wird aber gefährdet, wenn § 153 der Gewerbeordnung aufgehoben wird. Das führt zu einem Koalitionszwang; vor dem Kriege war nur etwa der vierte Teil aller industriellen Arbeiter organisiert. Abg. Vell (Zentr.) fordert die baldige Abschaffung des Staatssozialismus nach dem Frieden.

Abg. Dr. v. Wonna (H.) schließt sich dem Vortredner an und verurteilt den letzten Streik.

Abg. Wendlandt (natl.) verhältnis sich mit der Überananswirtschaft und betont die notwendigen Maßnahmen könne man nicht vorher festlegen, da jeder Friedensschluß das Bild verändern könne. Deshalb müsse man sich volle Bewegungsfreiheit bewahren.

Zum Schluß polemisierte Abg. Quä (Soz.) in bestiger Weise gegen den Abg. Koetger, besprach den Fall Döppler, der nicht vereinzelt dastehet, und forderte Schutz für die Arbeiterinnen.

Dann vertagte sich das Haus auf morgen.

Schlußdienst.

(Druck- und Korrespondenz-Meldungen.)

Oberpräsident Dr. Michaelis.

Berlin, 12. März. Die Ernennung des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten a. D. Dr. Michaelis zum Oberpräsidenten der Provinz Pommern an Stelle des wegen Krankheit am 1. April d. J. in den Ruhestand tretenden Oberpräsidenten Dr. Freiherrn von Jüller wird amtlich bestätigt.

Deutsch-polnische Besprechungen.

Berlin, 12. März. Zwischen Vertretern der polnischen Aktivisten und den Mehrheitsparteien fanden hier parlamentarische Verhandlungen statt. Zweck dieser Besprechungen ist die Einleitung einer neuen Era in den deutsch-polnischen Beziehungen. Während die Sozialdemokraten und das Zentrum diesen Bestrebungen freundlich gegenübersehen, äußern die anderen bürgerlichen Parteien noch mancherlei Bedenken.

Revision im Gohla-Prozess.

Breslau, 12. März. Frau Gohla und ihr Ehemann haben gegen das Urteil der dritten Strafkammer in Breslau Revision eingelegt. Die Angelegenheit wird also noch das Reichsgericht beschäftigen.

Deutschland als Reiter der russischen Republik.

Sankt Petersburg, 12. März. Lenin schreibt in einem der ihm nahe liegenden Blätter: „Wo die Deutschen erscheinen, werden sie mit offenen Armen empfangen. Ohne eine Verständigung mit ihnen ist die russische Republik verloren.“

Odesa unter ukrainischer Verwaltung.

Odesa (indirekt), 12. März. Der maximalistische Sowjet hat sich aufgelöst. Die ukrainischen Behörden haben die Verwaltung übernommen und die Ruhe wiederhergestellt. Die Friedensverhandlungen zwischen der Ukraine und Rußland haben in Kiew begonnen.

Vom finnischen Kriegsschauplatz.

Stockholm, 12. März. Die Roten Gardisten in Finnland haben in letzter Zeit in schwedisch-finnischen Dörfern zahlreiche Mitglieder der männlichen Bevölkerung ermordet, um die bürgerlichen Elemente zu dezimieren. Die Gesamttruppenzahl der Revolutionäre soll sich auf 200 000 belaufen; allein an der Front bei Abö stehen 50 000 Mann.

Türkisch-russische Verhandlungen.

Konstantinopel, 12. März. Die Blätter melden, daß außer den bereits früher genannten Beamten die Mitglieder des Hauptauschusses der Partei für Einheit und Fortschritt Hilmi Bei und Jia Bei nach Trapezunt abgereist seien, um an den Verhandlungen mit den Vertretern der Republik Kaukasus teilzunehmen.

Wilson an den Sowjetkongress.

Rotterdam, 12. März. An den Sowjetkongress, der heute in Moskau seine Tagung begann, richtet Wilson eine Botschaft, in der es heißt: Obwohl Amerika nicht imstande sei, Rußland gegen den deutschen Eindringling zu schützen, versichere er, daß Amerika jede Gelegenheit ergreifen wird, um Rußland wieder die volle Souveränität und Unabhängigkeit und völlige Wiederherstellung zu sichern, damit es seine große Rolle im heutigen Leben Europas weiterführen könne.

Der neue Fliegerangriff auf Paris.

Genf, 12. März. Aus Paris wird gemeldet, daß an dem neuen Luftangriff auf die Hauptstadt 60 deutsche Flieger beteiligt gewesen seien.

Neutrale Friedensvermittlung?

Genf, 12. März. Pariser Blätter verzeichnen Gerüchte über die angeblich bevorstehende Einleitung einer neutralen Friedensnegotiation. Der „Matin“ weist auf den Vatikan hin, andere Blätter auf die Schweiz. Von der Pariser Presse werden diese Bestrebungen ausnahmslos kühl abgelehnt.

Paris erneut mit Bomben beworfen.

Artilleriekämpfe im Westen.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.
Großes Hauptquartier, 12. März.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die feindliche Artillerie entwickelte am frühen Morgen an vielen Stellen der Front, namentlich zwischen der Ves und Scarpe, rege Tätigkeit. Auch in den Abendstunden lebte der Feuerkampf vielfach auf. Im Vorfelde der beiderseitigen Stellungen kam es zu kleineren Infanteriekämpfen.

Das Feuer englischer Artillerie auf rückwärtige Ortschaften forderte zahlreiche Opfer unter der französischen Bevölkerung. Auch Cambrai erhielt mehrere Schußschwersten Kalibers.

Zur Vergeltung für feindliche Fliegerangriffe am 9. und 10. 3. auf Stuttgart, Göttingen, Auerfürth und Mainz haben unsere Flieger in letzter Nacht Paris ausgiebig und erfolgreich mit Bomben belegt.

Leutnant Freiherr von Nichtbosen errang seinen 27. Luftsieg.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Der Frieden mit Rußland.

Die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Rußland muß innerhalb vierzehn Tagen, also bis zum 17. März, nur in dem Fall erfolgen, wenn es eine der Vierbünd-

mächte verlangt. Vorkünftig hat noch keine Vierbünd-

ein solches Verlangen ausgesprochen.
Der Wiederaufnahme freundschaftlicher Beziehungen zwischen Rumänien und den Mittelmächten dürften keine Hindernisse in den Weg legen, auch dürfte gegen die Erwerbung des von Rumänien bewohnten Beharabiens nicht ablehnend verhalten.

Indianer in der amerikanischen Armee.

Amerika will hinter seinen Bundesgenossen, die Deutschen gegen Deutschland in den Kampf für Antifreiheit führen, nicht zurückweichen. New York meldet, daß 5000 Indianer in die Armee eingerechnet seien. Die Einstellung wirft ein eigenartiges Licht auf die vielgerühmten Bestrebungen der Amerikaner, die Reste der Ureinwohner ihres Landes vor dem Aussterben zu bewahren. Nebenbei bereichert diese Maßnahmen farbentruide Bild unserer Feinde um eine Schattierung.

Deutsche Truppen in Finnland.

Nach schwedischen Statistiken sind bei den deutschen Truppenabteilungen 64000 Mann.

Bie aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, die Roten Gardisten in letzter Zeit besonders in finnischen Dörfern zahlreiche Mitglieder der männlichen Bevölkerung ermordet. Der Plan bei diesem ist, die bürgerlichen Elemente für die Zukunft zu dezimieren, daß die Sozialdemokraten weiterhin die Herrschaft im Lande behalten. Der Bezug der Roten Gardisten auf Rußland war in der letzten Zeit in Südfinnland besonders groß. Die Gesamttruppenzahl der Revolutionäre soll sich auf zweihunderttausend belaufen. Allein an der Front bei Abö stehen fünfzigtausend Mann.

Die Lage auf Island.

Zwischen den schwedischen und deutschen Kommandos auf den Islandsinseln herrschen korrekte Beziehungen. Die deutschen Truppen säubern zunächst die Inselgruppen der Roten Garde, die ihr Schreckensregiment verbreiten. Unter den Islandern herrscht großer Mangel. Landadressen an den deutschen Oberbefehlshaber sind durch den Mangel an Postmitteln sehr spärlich.

Die Nahrungsmittelkrise in England.

Die Londoner „Sunday Times“ schreibt: „Die Nahrungsmittelkrise in England ist eine ernste Angelegenheit, die nicht begreifen, warum die solange hinausgeschobene Nahrungsmittelkrise nicht eingeleitet wird, dafür verantwortlich gemacht werden. Die Verantwortung für die Nahrungsmittelkrise liegt bei der Regierung, die die Nahrungsmittelkrise nicht eingeleitet hat. Die Nahrungsmittelkrise ist eine ernste Angelegenheit, die nicht begreifen, warum die solange hinausgeschobene Nahrungsmittelkrise nicht eingeleitet wird, dafür verantwortlich gemacht werden. Die Verantwortung für die Nahrungsmittelkrise liegt bei der Regierung, die die Nahrungsmittelkrise nicht eingeleitet hat.“

Vereinigte Weltverkehrswege.

Fregattenkapitän Berger, der Kommandant der Kreuzers „Wolf“, der jetzt in Lübeck seine Wache abwartet, äußerte sich in einer Unterredung mit einem Vertreter von B. L. B. über die Wirkungen des U-Bootskriegs, daß auf den Verkehrswege des Atlantik-Ozeans eine seltsame Verkehrsstille herrscht. Die Fahrt zwischen Australien und Südamerika hat fast ganz aufgehört. Unter der Bevölkerung Neuseelands herrscht im allgemeinen eine starke Stimmung sowohl gegen die Regierung dieser Länder als gegen das Mutterland. In Australien hat sich wirtschaftlich erheblich ausgedehnt und den Handel fast ganz verdrängt. Das erregt in der größten Besorgnis, da man glaubt, daß das erhebliche Wachstum der wirtschaftlichen und damit auch der Macht Japans keine zeitlich vorübergehende Erscheinung sei, sondern auch nach dem Kriege fortbestehen werde. Die Stimmung der Inder gegen die Engländer ist ebenfalls erregt und erreicht häufig den Grad offener Feindschaft.

Glanzleistung eines U-Bootes.

Berlin, 12. März.

Amlich wird gemeldet: Eines unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant v. Glacnavy, hat den Westküste Englands 5 Dampfer und 1 Segler mit insgesamt 22 700 Br.-Reg.-T. Schiffsräum vernichtet.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich besonders wertvolle Dampfer von je etwa 6000 Br.-Reg.-T. Drei von den fünf Dampfern waren Landdampfer, die Dampfer waren bewaffnet und mit einer Anzahl Munition beladen. Namentlich konnten festgestellt werden: Der bewaffnete englische Dampfer „Birchleaf“ (5847 Br.-Reg.-T.) der nach der Torpedierung mit Artillerie in Brand geschossen und dessen Kapitän gefangen eingebracht wurde und der englische Dampfer „Hallenbury“ (2888 Br.-Reg.-T.)

Der Chef des Admiralstabes der Marine ist

Kleine Kriegspost.

Amsterdam, 12. März. In London wird demnächst eine neue Konferenz der Westmächte stattfinden.

Genf, 12. März. Nach einer Davosmeldung ist Oberbefehlshaber der griechischen Armee ernannt worden.

Kriech, 12. März. In fast allen Gebieten Rußlands sind Lufteinbrüche ausgebrochen. Nur die Gegend von Moskau und Sankt Petersburg ist ruhig geblieben.

Yagans, 12. März. Das amerikanische Kriegsschiff „Yagans“ hat eine Verlustliste, nach der bei den Kämpfen der französischen Front vom 2. März 43 Amerikaner getötet und 252 verwundet sind. 36 Mann werden vermisst.

Kämpfe in Sibirien.

Japans Anmarsch.

Nach Washingtoner Berichten soll es jetzt sich zeigen, daß starke japanische Streitkräfte nach Sibirien in den nördlichen Wandschurei gesandt werden. Vielleicht wird sich ihnen eine russische Division anschließen, die an den Daten zusammengestellt ist, die den Westmächten freigegeben sind und sich vor den Bolschewiki nach Japan dem nördlichen Sibirien gestülcht haben. Für die Front in Bekina, werde wahrscheinlich die Abwehrung

Wochenblatt für den 14. März. 6^{te} | Monatsaufgang 8^{te} B. | Monatsuntergang 8^{te} N. ... Friedrich Gottlieb Klopstock, Dichter des „Messias“, gest. — 1891 Politiker Ludwig Windthorst ...

Übernehmen. Es sind Offiziere bestimmt worden, die die chinesische Division zu kommandieren, die sich den ...

Chinesische Zwischenfälle. Londoner Blätter melden aus Tientsin, daß die ...

Zusammenstöße an der Sibirischen Bahn. Die Ausfuhr von Chorbun nach Wladivostok ist ver ...

In der Mandchurie ist ein neuer Kosakenführer auf ...

Zur 8. Kriegsanleihe.

Die auslosbaren 4 1/2 % igen Schatzanweisungen. Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: ...

Die günstigen Gewinnaussichten, die Verringerung ...

Oertliche und Provinznachrichten.

Hagenburg, 14. März. Landesverrat. Es ist ein böser Irrtum, zu glauben, ...

seine Zeitung fest, hört vielleicht sehr genau zu, was du ...

Nur Freiheitsstrafe gegen Schleichhändler. Am 15. März tritt nunmehr die vom Bundesrat erlassene ...

Wenig Konjerven. Durch verschiedene Zeitungen ...

Nichtpreise für Speiseeis. Für Speiseeis sind ...

Ein praktischer Vorschlag wird in einem ...

hier, mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse ausgezeichnet. ...

Wied, 14. März. Fahrer Adolf Bräuer im Fuß ...

Frankfurt a. M., 13. März. Infolge des Arbeiter ...

Ein Zeppelin-Denkmal in Konstanz. In Konstanz ...

März-Jagd. Im März dürfen nach der Jagd ...

Der Sommeraufenthalt in Bayern freigegeben. ...

Ein nachahmenswertes Beispiel. Der stellver ...

Die achte Kriegsanleihe. Die Firma Friedrich ...

Bürgermeister Dr. Langerhans-Köpenick gestorben. ...

Abzeichen für Verwundete. Der Kaiser hat durch ...

Verkaufwechsel im niederschlesischen Grundbesitz. ...

Straßenbahnzusammenstoß. Bei Bernie stießen in ...

Entwichene und wieder eingefangene Engländer. ...

Ein Naturwunder. In Menden (Westfalen) wurde ...

Der reichste Fürst Deutschlands. Der Großherzog ...

O. Der Weichschreiber der Mark gestorben. In Berlin starb im 81. Lebensjahre Geheimrat Ernst Friedel, der als Berliner Stadtrat sich viel mit der Vorgeschichte der Mark und mit den späteren Schicksalen der märkischen Lande befaßt hat. Er war lange Vorsitzender in dem Verein für die Geschichte Berlins und einer der Gründer des Märkischen Museums in Berlin.

o Eine neue Polarexpedition Amundsen. Der Pariser Blättern zufolge beabsichtigt Amundsen Ende Mai oder Anfang Juni eine neue antarctische Expedition zu unternehmen, bei der er Flugzeuge und Wasserflugzeuge verwenden will. Amundsen brachte einige Zeit an der Westfront zu, um die verschiedenen Flugzeugtypen zu studieren.

o Erdbeben auf Amoy. Aus Batavia wird gemeldet: Ein Erdbeben hat Amoy, eine chinesische Insel zwischen dem Festland und Formosa, verwüstet. Zweihundert Menschen sind umgekommen. Swatau hat großen Schaden gelitten.

o Ein deutsches Haus in Sofia. Die deutsche Kolonie in Sofia hat in Anwesenheit des kaiserlichen Konsuls Grafen Bodewits die Errichtung eines deutschen Hauses in Sofia als Sammelpunkt aller deutschen Körperschaften und als ein Wahrzeichen des deutschen Ansehens beschlossen. An alle Landsleute in der Heimat ergeht der Ruf, zu diesem für die deutsch-bulgarischen Beziehungen hochbedeutenden Werke beizutragen.

o Eine Moschee in Budapest. In Budapest soll eine Moschee nach dem Muster einer der schönsten Moscheen Konstantinopels errichtet werden und zwar auf dem Grabe des berühmten Gul Baba. An der Spitze des Ausschusses für die Erbauung der Moschee stehen der Ministerpräsident

der Bekerle und der türkische Generalkonful. Eine Karavanserei mit zehn Zimmern und Küche wird neben der Moschee erbaut. Die Kosten tragen der ungarische Staat und die Stadt Budapest je zur Hälfte.

o Lawinsturz. Bei Kiroie am St. Veltord sind drei Lawinen 1400 Meter hoch abgestürzt und haben zehn Häuser überschüttet.

Aus dem Gerichtssaal.

§ 10 000 Mark Geldstrafe. Wegen Höchstpreisüberschreitung bei dem unbehüteten Verkauf von Gerste und Hafer verurteilte die Strafkammer in Vöden den Guisbesitzer Stanislaus Stabits aus Kluzewo zu 10 000 Mark Geldstrafe.

§ Wiederaufnahme eines Giftmordprozesses. Im Jahre 1912 wurde die Wirtin Frau Krieger aus Groß-Sibau im Kreise Schmeß wegen Giftmordes an ihrem Ehemann zum Tode verurteilt. Der Prozeß, der damals großes Aufsehen hervorrief, wird im Wiederaufnahmeverfahren am Donnerstag vor dem Schwurgericht in Graudenz, abermals zur Verhandlung kommen. Für die Verhandlung, zu der über 90 Zeugen und Sachverständige geladen wurden, sind vorläufig drei Tage in Aussicht genommen. Frau Krieger wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus beurlaubt und befindet sich seit Januar auf freiem Fuß, nachdem sie fünf Jahre im Zuchthaus verbüßt hat.

§ Berufung des Staatsanwalts im Wiesbadener Prozeß. Gegen den Freispruch der wegen Kriegswuchers angeklagten Großindustriellen Brüder Billipol, der großes Aufsehen erregt hat, hat, wie aus Wiesbaden berichtet wird, der Staatsanwalt Berufung eingelegt.

§ 200 000 Mark Geldstrafe. Der Kaufmann Grubbe in Dresden wurde wegen Reibschleibungen und Kriegswuchers zu einem Jahr Gefängnis und 194 292 Mark Geldstrafe verurteilt. Drei Mitangeklagte wurden gleichfalls zu hohen Gefängnis- und Geldstrafen verurteilt.

§ Acht Jahre Zuchthaus für einen Brotkartendieb. Voril v. J. ist in einer Brotkommission in Steglitz bei dem Einbruch verhaftet worden, wobei die Eindrehen von Kartoffel- und Fleischkarten 8000 Brotkarten erbeuteten. Der Einbrecher, ein gewisser Engler, verkaufte die Brotkarten für 10 000 Mark. Er wurde vom Gericht zu acht Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht verurteilt.

§ Seifenwucher. Auf 87 200 Mark Geldstrafe erkannte das Schöffengericht Berlin-Mitte in einer Anklage gegen Höchstpreisüberschreitung, Kriegswuchers und Stellenwuchers mit Seife. Angeklagt waren fünf Kaufleute, die mehr als 9000 Stück Seife unter gewaltiger Überschreitung der Höchstpreise von Hand in Hand geben ließen. Die Höchstpreisüberschreitung betrug zuletzt gegen 33 000 Mark.

Volks- und Kriegswirtschaft.

*** Auszahlung von Militärpensionen bei den Volkswirtschaften.** Die preussische Deeresverwaltung hat sich wegen Überbürdung der Kassen veranlaßt gesehen, die jetzigen Zahlstellen der Folge gänzlich ausschalten und an ihrer Stelle die Reichspostverwaltung mit der Auszahlung zu beauftragen. Vom 1. April an werden daher die auf Grund der Kriegsverordnungsgeetze zahlbaren Pensionen usw. für Offiziere, Beamte, Invalidenpensionen und Militärenten usw. im Unterstellenebeneübertritte, ferner die von Militärbehörden solche Empfänger bewilligten Unterstufungen, Bundesdienstleistungen usw. (nicht aber Marine- und Schutztruppeneinkünfte usw.) durch die für den Wohnort des Empfängers zuständige Beihilfepostanstalt gezahlt. Die Auszahlung erfolgt an den hierfür eingerichteten Zahlstellen.

Für die Schriftleitung und Ausgaben verantwortlich: Theodor Kirchhölzel in Hachenburg.

Fleischverkauf

am Freitag, den 15. März für die Bewohner der Stadt bei dem Metzgermeister Kramer hier.

vom. 8-10 Uhr an die Inhaber der Fleischkarten mit den Nr. 301-350	
10-11 " " " " " " " " " "	351-400
11-12 " " " " " " " " " "	401-450
namh. 1-2 " " " " " " " " " "	451-Schl.
2-3 " " " " " " " " " "	1-50
3-4 " " " " " " " " " "	51-100
4-5 " " " " " " " " " "	101-150
5-6 " " " " " " " " " "	151-200
6-7 " " " " " " " " " "	201-300
7-8 " " " " " " " " " "	301-250

Der Verkauf für die Landbevölkerung findet am Freitag, den 15. März vormittags von 9 Uhr ab bei Metzgermeister Groß statt.

Hachenburg, den 13. 3. 1918. Der Bürgermeister.

J. Nr. A. U. 1416.

Ausführungsanweisung

zur Anordnung über den Verkehr und Verbrauch der Eier im Oberwesterwaldkreise vom 12. Februar 1918.

Auf Grund des § 13 über den Verkehr und Verbrauch der Eier im Oberwesterwaldkreise vom 12. 2. 1918, abgedruckt im Kreisblatt Nr. 14, wird folgendes bestimmt:

§ 1. In jeder Gemeinde des Kreises ist ein Aufkäufer bezw. Aufkäuferin für Eier zu bestellen.

§ 2. Seitens der Kreisierstelle werden im Oberwesterwaldkreise mehrere Kreisammelfstellen eingerichtet, an die die von den Aufkäufern bezw. Aufkäuferinnen gesammelten Eier abzuliefern sind.

§ 3. Die Aufkäufer sind verpflichtet, jedes Gehäst ihres Bezirkes, in dem Hühner gehalten werden, wöchentlich mindestens einmal zu besuchen.

Sie haben den Geflügelhaltern über die Zahl der abgelieferten Eier jedesmal in der Eierabgabekarte Quittung zu erteilen. Außerdem haben sie am Schlusse jeder Woche dem Bürgermeister des Wohnortes des Geflügelhalters unter Nennung der Namen anzugeben, wieviel Eier aufgekauft und an die zuständige Kreisammelfstelle abgeliefert sind.

§ 4. Die Eieraufkäufer und die Inhaber der Eierammelfstellen haben über die von ihnen erworbenen Eier Listen zu führen, aus denen der Name des Geflügelhalters, der Tag und die Zahl der von ihnen erworbenen Eier zu ersehen sein müssen.

§ 5. Die Kreisammelfstellen haben am Schlusse jeder Woche bis zum Sonntag der Kreisammelfstelle zu berichten, wieviel Eier und von welchen Aufkäufern in der abgelieferten Woche bei ihnen eingeliefert sind.

§ 6. Der Höchstpreis beträgt für ein Ei 29 Pfennig. Dieser Preis ist von den Aufkäufern sofort zu zahlen.

§ 7. Der Verkauf von Eiern ist nur denjenigen Aufkäufern bezw. Aufkäuferinnen gestattet, die sich durch eine von mir ausgestellte Ausweis-karte darüber ausweisen können, daß sie zum Verkauf der Eier berechtigt sind.

Die Abgabe von Eiern ist nur an die amtlich bestellten Aufkäufer oder Sammelstellen gestattet.

Falls Hühnerhalter Eier unmittelbar an die Sammelstelle abliefern, hat diese dem Hühnerhalter eine Quittung über die Ablieferung auszustellen.

§ 8. Die Hühnerhalter haben die ihnen erteilten Quittungen über die Eierablieferung sorgfältig aufzubewahren und auf Verlangen den mit der Kontrolle der Eiererfassungsbegleitung beauftragten Personen vorzulegen.

Können sie sich nicht über die Menge der abgelieferten Eier ausweisen, so haben sie die Fehlmenge ihres Ablieferungsfolles nachzuweisen.

§ 9. In jeder Gemeinde sind von dem Bürgermeister, oder einer von diesem beauftragten zuverlässigen Person Hühnerverzeichnisse zu führen. Auf Grund dieser Verzeichnisse erfolgt die Umlage der von der Gemeinde aufzubehaltenden Eier auf die Hühnerhalter durch den Gemeindevorstand.

§ 10. Hühnerhalter, die ihrer Ablieferungspflicht nicht innerhalb der gesetzten Frist genügen, haben zu gewärtigen, durch Zwangsmaßnahmen zur Ablieferung gezwungen zu werden.

Für Eiermengen, die von Hühnerhaltern über ihr Ablieferungssoll hinaus abgegeben werden, werden außerdem dem zur Verteilung gelangenden Geflügelfutter Sonderzuteilungen in Aussicht gestellt.

§ 11. Die Abgabe von Eiern an die Versorgungsberechtigten ist nur gegen Eierkarte zulässig. In jeder Gemeinde ist eine Eierausgabestelle für die Versorgungsberechtigten zu errichten. Diese Stellen sind verpflichtet, an die Versorgungsberechtigten Eier gegen Vergabe von Eiermarken zu verkaufen, und über Ein- und Ausgang der Eier genau Buch zu führen. Die Eierausgabestellen werden nach Anweisung der Kreisierstelle mit den erforderlichen Eiermengen versehen.

§ 12. Die Eierausgabestellen haben die in Empfang genommenen Eier-

marken almonatisch bis zum 1. des folgenden Monats der Kreisierstelle einzufenden.

§ 13.

Die Ortsbehörden haben durch örtliche Maßregeln dafür Sorge zu treffen, daß die Insassen von Krankenhäusern und Lazareten sowie auch die in Privatpflege befindlichen Kranken vorzugsweise die ihnen zustehenden Eiermengen erhalten.

§ 14.

Zwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden gemäß § 14 der Kreisordnung über den Verkehr und den Verbrauch der Eier im Oberwesterwaldkreise vom 12. Februar bestraft.

Marlenberg, den 18. Februar 1918.
Der Vorsitzende des Kreisamtschusses.
Lhon.
Wied veröffentlicht.

Hachenburg, den 8. 3. 1918. Der Bürgermeister.

Öffentliche

Brennholzversteigerung.

Montag den 18. März 1918, vorm. 10 Uhr kommen aus den Distrikten 25 Franzenhau, 27 Brückenstück, 31 Roter Alee, 37 Holzbach

200 rm Eichenknüppel, Buchenscheit und -Knüppel

zur öffentlichen Versteigerung. Sammelpunkt 10 Uhr blauer Steinbruch.

Hachenburg, den 13. März 1918.

Der Bürgermeister.

Holzversteigerung.

Samstag, den 16. ds. Mts., vorm. 10 Uhr anfangend werden im hiesigen Gemeindevald Distrikt Vorderkopf

456 Raummeter Buchen-Scheit- und Knüppelholz

4160 Stück Buchen-Wellen

öffentlich meistbietend versteigert. Die Herren Bürgermeister werden um ortsübliche Bekanntmachung ersucht.

Oberhattert, den 12. März 1918.

Der Bürgermeister:

Windhagen.

Holzversteigerung.

Montag, den 18. März d. Js., vorm. 10 Uhr anfangend werden in hiesigem Gemeindevald, Distrikt Ober-Eichahlen:

918 Raummeter Buchen-Scheit- und Knüppelholz

öffentlich meistbietend versteigert. Das Holz liegt am Vizinalweg Rofsbach-Wellenbach.

Rofsbach, den 11. März 1918.

Der Bürgermeister:

Kunz.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme und Unterstützung während der langen Krankheit unseres lieben Verstorbenen sagen wir allen unsern herzlichsten Dank.

Adolf Haas und Familie.

Hachenburg, den 13. März 1918.

Lehrling gesucht.

Bürgermeisteramt Hachenburg.

Holzversteigerung.

Dienstag, den 19. März d. Js., vormittags anfangend, werden im hiesigen Gemeindevald Stangen und Festsfeld

872 Raummeter Buchen-Scheit- und Knüppelholz

öffentlich meistbietend versteigert.

Hachenbach, den 13. März 1918.

Der Bürgermeister:

Börner.

Unsere ordentliche

Generalversammlung

findet am

Sonntag, den 17. März, nachmittags 3 Uhr

in der Gastwirtschaft des Herrn Heinrich (Witzerei) in Hachenburg mit nachfolgender Ordnung statt:

1. Bericht des Vorstandes über das abgelaufene Geschäftsjahr.
2. a) Bericht des Aufsichtsrates über die Prüfung der Jahresrechnung und Bilanz; b) Entlastung des Vorstandes.
3. Genehmigung der Bilanz.
4. Beschlußfassung über die Verwendung des Gewinnes.
5. Antrag auf Erhöhung des Höchstbetrages für zunehmende fremde Gelder.
6. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.
7. Verschiedenes.

Hierzu laden wir unsere Mitglieder ein.

Vereinsbank Hachenburg

e. s. m. u. s.

Tapeten! Tapeten!

in größter Auswahl.

Wilhelm Pickel

Inb: Carl Pickel Hachenburg

Karl Baldus, Hachenburg.

Särge

von den einfachsten bis zu feinsten Ausführungen in jeder Preislage. — Ueberführungen per Achse und Bahn.

Leichenwäsche aller Art stets vorrätig.

Geschäftsbriefumschläge

Briefpapier und Umschläge

loose und in Packungen empfiehlt

Ch. Kirchhölzel, Hachenburg

Bienenvölker

auch leere Kasten (Normal)

zu kaufen gesucht.

Adam Sundauser

Reitersen (Westerwald)

Kochsalz

grob und fein, sowie

Biehsalz

wieder stets am Lager

Bestellung Füllsäde ein

Brätter, batten und

eingewaggons ange

Carl Müller Sohn

Bahnhof Ingelbach (Kropfen)

Fernsprecher Nr. 8

Unt. Altenkirchen.